

Ersteinstufig
 monatlich 80 Pf.
 vierteljährlich 1.80 Mk.
 jährlich 7.20 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1.05 Mk. inkl. Postgeb.

Die Neue Welt
 (Gesellschaftsorgan),
 monatlich 10 Pf.

Preisdruck-Verfahren:
 Redaktion: Nr. 338.
 Expedition: Nr. 1047.
 Telegramm-Nr. 111.
 Verlagsort: Halle/Saale.

Neue Welt

Inserationsgebühr
 beträgt für die 6 ersten
 Zeilen oder deren Raum
 50 Pfennig.
 Für auswärtsige Anzeigen
 25 Pfennig.
 Im reaktionären Falle
 halber die Hälfte 25 Pfennig.

Interests
 für die 6 ersten Zeilen
 müssen spätestens bis vor-
 mittags 10 Uhr des
 Tages vorher eingegangen
 sein.

**Eintragungen in die
 Postzustellungsliste.**

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/1 Uhr mittags.

Schiffahrtsabgaben.

Wir leben im Reiche des Verkehrs. Wilhelm II. hat es einmal gesagt, um seinen Willen zu großen Verkehrsformen zu verbinden, was aber nicht hinderte, daß seinem Aussprüche in Preußen-Deutschland eine Periode verkehrsfeindlicher Politik folgte. Mit der großen Kanalvorlage, für deren Durchführung Wilhelm II. sein Wort einlegte, machten die in Preußen wirklich regierenden Herren, die ostpreussischen Junker, einen Irrtum oder gar keinen Verstand, denn kam die Verteuerung des Güterverkehrs, die Hauptlasten der Steuer, die Einführung der neuen Wasserwege in Ost-Deutschland und schließlich die Vertierung der Verkehrserschwerung des Schiffahrtsabgaben gesetzt.

Der preussische Landtag hatte 1905 in das Wassertrahengeseß die Bestimmung hineingebracht, daß auf den im Interesse der Schiffahrt regulierten Flüssen Schiffahrtsabgaben zu erheben sind. Es unterlag keinem Zweifel, daß diese Festsetzung von Schiffahrtsabgaben sowohl im deutschen Widerspruch zur Reichsverfassung als im Widerspruch zu den internationalen Schiffahrtsverträgen stand. Von welchem Interesse sich die Mehrheit des preussischen Landtages bei dem Beschluß auf Einführung von Schiffahrtsabgaben leiten ließ, ist von den landesheiligen Vertretern in der Kommission des preussischen Landtages mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden. Nach dem Kommissionsbericht erklärte ein Antragsteller jenes 8. 19 des preussischen Wassertrahengeseßes, der die Erhebung der Schiffahrtsabgaben vorschlug, der Staat müsse die Landwirtschaft mit Fluß-Schiffahrtsabgaben zu Hilfe kommen, weil in den letzten Jahrzehnten die Rheinfischerei sehr gefallen wäre, daß dadurch die Rohmaterialien illusorisch gemacht würden. Mit noch größerer Ungenauigkeit sprach der Abgeordnete von Wittenberg aus: „Ich erkläre ganz offen: Ich hoffe, daß der Export von Getreide in der nächsten Zeit durch die Schiffahrtsabgaben getroffen wird, und daß durch die verheerende Tarifierung ein wirtschaftlicher Faktor gefunden wird, um uns die Konkurrenzfähigkeit am Rhein zu schaffen.“ Der Abgeordnete von Arnim-Bülow erklärte, er müsse auf die Einführung von Abgaben auf regulierten Strömen besonderen Wert legen mit Rücksicht auf die große Gefahr, daß das ausländische Getreide, das schon jetzt in großen Mengen aus dem Häufigen besteuerten Strömen in das Land komme, auf den neuen Wasserstraßen noch weiter in das Land verhältnismäßig billig befördert werde, ebenfalls billiger als auf den Eisenbahnen. Deshalb gehöre diese Bestimmung in das Gesetz hinein; das ist für seine Partei ebenso wie das Schlußwort: eine fundamentale Forderung, ohne deren Aufnahme kaum einer seiner Freunde für den Kanal stimmen werde.

Durch den Einbruch des Bundesrats wurde Preußen an der verfassungsmäßigen Einführung von Abgaben auf den offenen Strömen verhindert, es drang aber nun mit außerordentlichem Eifer, den die preussische Regierung stets dann befolgt, wenn es sich um die Erfüllung von Wünschen und Befehlen ihrer junkerlichen Gebieter handelt, auf eine Wenderung der Reichsverfassung. Die ablehnende Haltung Bayerns gegen diesen Plan wurde in ostpreussischer Weise durch die Ausübung der Hoangstlage Bayerns überwunden, das eine Kanalisierung des Maines herbeiführen muß, dies aber ohne das Anschlußland auf preussischen Boden überhaupt nicht ermöglichen kann. Eine Main-Kanalisation, so formulierten Preußen die Forderung, wird nur erfolgen, wenn Bayern seinen Widerspruch gegen die Aufhebung der Abgabefreiheit aufgibt. Württemberg wurde zur Unterstützung der preussischen Stellung durch Versprechungen bei der Kanalisierung des Neckars gewonnen.

Der in seinen letzten Jndungen liegende Reichstag will jetzt die Vorlage über die Schiffahrtsabgaben noch verabschieden, die in den jüngsten Tagen in der Kommission fertiggestellt worden ist. Was die Kommission beschlossen hat, wird das Plenum annehmen; die einst unter schweren Kämpfen erlangte Abgabefreiheit der Ströme wird aufgehoben.

Nach dem Ansehen des Gesetzes dürfen auf natürlichen Wasserstraßen Abgaben für solche Anstalten, Werke und Einrichtungen erhoben werden, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind. Sie dürfen bei staatlichen und kommunalen Anstalten die zur Herstellung und Unterhaltung erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Die Herstellungskosten und Unterhaltungskosten für Anstalten, die nicht nur zur Erleichterung des Verkehrs, sondern auch zur Förderung anderer Zwecke und Interessen bestimmt sind, dürfen nur zu einem verhältnismäßigen Anteil durch Schiffahrtsabgaben aufgebracht werden. Mägen aber ist es der Opposition, aus dem Entwurf des Schiffahrtsabgabengesetzes verschiedene der gefährlichsten Bestimmungen, die den Verkehr schonungslos einer dem Verfall zum ererbenden Verfall ausliefern sollten, auszumergen und gegen die Willkür der Verwaltungsmagnaten zu schützen. So verwarf der Paragraf 8 der Vorlage, der eine Vertreibung der Mittel der Strombauverbände auch zur Unterhaltung älterer Anstalten, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes hergestellt worden sind, zuließ. Das gleiche Schicksal wurde jener Vorparagraf bereitet, nach der Aufwendungen, die in einem

Jahre nicht gedeckt werden, mit ihrem jeweiligen Reste auf die folgenden Jahre übertragen werden sollen. Nach den Beschlüssen der Kommission haben die an den Strombauverbänden beteiligten Staaten keinen Anspruch auf vollen Ersatz ihrer im Schiffahrtsinteresse aufzuwendenden Strombaukosten; ihr Anspruch geht nur auf Anwendung eines diesen Kosten entsprechenden Anteiles an den Einnahmen der Strombaukosten.

Von den grundsätzlichen Gegnern der Schiffahrtsabgaben sind diese und andere Verbesserungen der Vorlage geschaffen worden; ausschließlich den Bemühungen der Opposition ist es zu danken, daß der Beginn der Abgabenerhebung an bestimmte wertvolle Bedingungen geknüpft wurde. Die Abgabenerhebung beginnt für den Rhein, wenn die Regulierung Sonderheim-Straburg sowie die Mainkanalisierung von Aschaffenburg bis zur Mündung in den Rhein und die Reduktion der Weissenburger Weissenburger Regulierung und Kanalisierung von Weissenburg bis zur Mündung in den Rhein fertiggestellt sind. Außerdem ist der Beginn der Abgabenerhebung auf der Mosel mit der Saar, der Ruhr, dem Rhein oberhalb Straburg, dem Main oberhalb Aschaffenburg und dem Neckar oberhalb Heilbronn abhängig von der bergwärts fortzuschreitenden Vollendung der Regulierungsmassnahmen und Kanalisierungsarbeiten. Für die Weser beginnt die Abgabenerhebung, wenn einschließlich der Baugängen drei Viertel der veranschlagten Baukosten verausgabt sind und der Weser aus dem Waldecker Sammelbecken Wasser im regelmäßigen Betriebe zugeführt wird; für den Eberhard, wenn ebenfalls drei Viertel der Baukosten verausgabt sind und mindestens die Hälfte der vorgezeichneten Vertiefung des Fahrweges auf der ganzen Strecke erreicht ist. Für den Rheinderbann soll bis zur Fertigstellung einer Wasserstraße von 250 Meter zwischen Mannheim und St. Baur und für den Eberhard bis zur Fertigstellung der vollen vorgezeichneten Wasserstraße höchstens drei Viertel der geltenden Sätze betragen. Natürlich können dortwärts diese Maßnahmen für den Rhein und die Elbe keine Geltung erlangen; um sie auf diesen Strömen in Kraft treten zu lassen, bedarf es der Zustimmung Oesterreichs und Hollands. Wiewohl hatten diese beiden Länder die Aufhebung der Abgabefreiheit strikt abgelehnt. Keine Abänderungen sind in den Bestimmungen über die Höhe der Abgaben erfolgt. In den Verbänden werden demnach Befahrungsabgaben für Güter nach einheitlichen Tarifen in 5 Klassen mit tonnenkometrischen Einheitsfähigkeiten erhoben, die abgeflußt werden und für die einzelnen Klassen höchstens 0,02, 0,04, 0,06, 0,08 und 0,1 Pf. betragen sollen. Von jetzt sind mit Recht die schwersten Bedenken erhoben worden, daß die Tarife nicht genau festgelegt werden. Immerhin wurden in der Kommission einige Sicherungsmaßnahmen gegen die willkürliche Handhabung der Tarife erreicht. Zu Änderungen des Tarifs, durch welche die Einheitsfähigkeiten überhöht werden, sind übereinstimmende Beschlüsse der Verwaltungsausschüsse und Strombeiräte erforderlich, die mit einer Mehrheit von je zwei Dritteln zu fassen sind. Neu ist die Bestimmung, daß eine Erhöhung der Verkehrsbeiräte auf das Doppelte oder mehr nur durch das Reichsgesetz erfolgen kann.

Verdoppelt wurde die Zahl der Strombeiräte, die jetzt im Rheinverband aus 92 Mitgliedern, im Weserverband aus 24 Mitgliedern und im Eberhard aus 56 Mitgliedern bestehen sollen. Ihre Verhandlungen und Beschlüsse finden in öffentlicher Sitzung statt, eine Neuerung, die die Reaktion in ihrem Haß gegen die Öffentlichkeit dadurch einschärft, daß den Beschlüssen der Beiräte zugestanden wird in besonderen Fällen den Ausschluß der Öffentlichkeit mit einfacher Mehrheit zu beschließen.

Am den Anschein einer Rücksichtnahme auf die Interessen der kleinen Schiffseigner zu erwecken, die ohnedies durch die Konkurrenz des Großkapitals in immer schärferem Bedrängnis geraten, werden auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen Güter in Schiffen ohne eigene Triebkraft mit einer Tragfähigkeit bis 200 Tonnen, auf der Weser und Elbe desgleichen bis 150 Tonnen als abgabefrei erklärt. Schiffe mit eigener Triebkraft mit einer Tragfähigkeit bis 50 Tonnen sind gleichfalls abgabefrei; Güter in Schiffen ohne eigene Triebkraft bis zu 100 Tonnen Tragfähigkeit unterliegen nirgends einer Abgabe. In Wirklichkeit wird mit diesen Bestimmungen den Privatschiffen gar nicht oder äußerst wenig gedient; sollte ihren verhältnismäßigen Bedeutung getrauen werden, so müßte die Grenze für die Abgabefreiheit wesentlich weiter gestellt werden. Auch die Verbesserungen der Aufstände können den kleinen Schiffen am allerwenigsten zugute, wohl aber den großen Schiffen der großen Unternehmungen, die bei der fortschreitenden Kanalisierung in der Aufschiffahrt die Schiffahrtsabgaben den Frachtlagen zuschlagen und so auf den Verkehr abladen werden. In dem schweren Kampfe gegen das Großkapital in der Binnen Schiffahrt wird den kleinen Schiffen durch die Verteilung des Schiffahrtsabgabengeldes so der letzte Rest gegeben. Diese Verteilungen illustrieren von neuem die Mittelstandslosigkeit der Strombauverbände, Mittelalten und Nationalisten. Was an positiven Verbesserungen in das Gesetz hineingekracht wurde, ist das Werk der Opposition, deren Kern die Sozialdemokratie bildet, die als die einzige Partei einmütig und ungeteilt die Einführung der Schiffahrtsabgaben bekämpft; auch nach jener Verbesserung bleibt das Schiffahrtsabgabengesetz unannehmbar, es wird ein Demnis des Verkehrs und bringt wieder eine Belastung großer Schichten des erwerbstätigen Volkes. Wenn von seinen Verteidigern ins Feld geführt wird, daß mit dem Inkrafttreten des Gesetzes Fluß-

regulierungen usw. erfolgen werden, deren Ausführung sonst noch lange hätte auf sich warten lassen, so wird dieser Einwand zu einer Anklage der preussisch-deutschen Politik. Mit den notwendigen Kanalisierungsarbeiten wird nicht nur den Interessen der Schiffahrt, sondern den allgemeinen Wirtschaftsinteressen des Volkes gedient, die dazu erforderlichen Ausgaben müssen dabei aus allgemeinen Staatsmitteln bestritten werden. Aber es kommt noch hinzu, daß die Regulierung der Ströme wohl mit in erster Linie den Landeskulturinteressen, als in der Hauptsache der Landwirtschaft, zugute kommt, die in agrarischer Beziehung wieder einmal an der Ausführung der Mittel nicht teilnimmt, wohl aber auf Kosten des Volkes Profit aus den Schiffahrtsabgaben herauschlägt.

Siege im Elsaß.

Die ersten Landtagswahlen in den Reichsländern. Am geistigen Sonntag fanden in Elsaß-Lothringen die Wahlen zum Landesparlament statt, das heißt zur sogenannten Zweiten Kammer. Die Zweite Kammer ist bekanntlich nur mit den halben Stimmen einer Vollversammlung ausgestattet, dabei ist ihr Votumrecht noch extra beschränkt. Die „andere Hälfte“ der gezeigtenen Faktoren bildet bekanntlich die sogenannte „Erste“ Kammer, die ernannt wird. Trotzdem wird sich die Zweite Kammer, wenn sie ihre Aufgabe begreift, zum stärksten Faktor entwickeln können, weil hinter ihr doch der Wille der Volksmassen steht. Freilich ist auch hier das Wahlrecht nicht ideal, denn der Wähler muß drei Jahre im Lande sein und ein Jahr lang in der Gemeinde einwohnen, wodurch gerade die Arbeiterklasse, die der kapitalistischen Arbeitsmarkt von Ort zu Ort treibt, besonders hart getroffen wird. Aber trotz dieser Nachteile, Waffen, Weanten, also bei den abhängigen Regierungsklassen, einträglicher Kautschuk im Lande, aus welcher Bestimmung deutlich der ausnahmsweise Charakter der Wahlbestimmungen gegen die Arbeiter hervorgeht. Immerhin aber ist das Wahlrecht an sich ziemlich gleich, da jeder nur eine Stimme hat. Außerdem ist die Stimmabgabe direkt und geheim; das Wahlgesetz schreibt amtliche Wahlurnen vor und bestimmt als Wahltag einen Sonntag.

Der Wahlkampf im Lande hat besonders die letzten Wochen, mit großer Heftigkeit getobt. Allen voran übertraf das Zentrum in der Stempellosigkeit seiner Mittel alle bisher Dagewesene. Die Sozialdemokratie hatte in allen 80 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, wobei allerdings eine größere Anzahl Doppelpostulaturen der führenden Genossen unermesslich waren. Die bisher vorliegenden Nachrichten besagen, daß nur in einigen 80 Wahlkreisen endgültige Ergebnisse bei der Hauptwahl erzielt wurden. Darunter sollen fünf Sozialdemokraten sein. Das das Zentrum in der Kammer die Mehrheit erhalten wird, ist noch nicht sicher, erscheint aber schließlich nicht ausgeschlossen. Überwiegend besagt das Ergebnis in Bezug auf die Verteilung der Macht in der Kammer noch nicht. Aber eins wird von allen bürgerlichen Nachrichtenquellen betont und bestätigt, daß die Sozialdemokratie eine gewaltige Stimmengewinnung (gegenüber den letzten Reichstagswahlen) erzielt hat. Auch das Wahlgesetz der politischen Welt, daß der regierende Kern der Sozialdemokratie in aufnahmefähig ist!

„Auserordentliche Annahme der Sozialdemokratie!“
 Straßburg Bureau meldet:
 Straßburg, 23. Oktober. Die Landtagswahlen gingen gestern unter großer Beteiligung der Bevölkerung vor sich. In Straßburg haben durchschnittlich 80 bis 85 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. Gleich nach der Eröffnung der Wahllokale, gegen 10 Uhr vormittags, begann der große Andrang, so daß die Wahlberechtigten teilweise Stundenlang warten mußten. In einigen Wahllokalen mußten die Wähler mit Leuten aus den Fenstern sitzen, bis das Lokal verlassen zu können. Bis 12 Uhr mittags hatten bereits 50 Prozent gewählt. Nachmittags fauchte die Beteiligung ab. Hehrzahl ist gegenüber den letzten Reichstagswahlen eine außerordentliche Zunahme der Sozialdemokraten zu verzeichnen. Auch die Liberalen und Demokraten haben zugenommen, das Zentrum durchweg abgenommen. Bei den Liberalen und Demokraten herrscht eine sehr gehobene Stimmung, obwohl wider Erwartung in Straßburg keiner der Führer im ersten Wahlgang durchgegangen ist. In Straßburg sind größtenteils liberale Blockkandidaten, in den übrigen Bezirken Zentrumskandidaten gewählt worden. Bis 10 Uhr abends waren gewählt: 2 Liberale, 10 Zentrumskandidaten, 5 Sozialdemokraten, 9 Kandidaten des Lothringers Block und ein unabhängiger Agrarier. Nachwahlen (Stimmabgabe) haben, soweit bis jetzt bekannt ist, in 24 Kreisen stattgefunden.

Sieben Sozialdemokraten gewählt!
 Die Resultate bis 11 Uhr nachts lauten: 9 Zentrum, 7 Sozialdemokraten, 7 Lothringers Block und 2 Liberale endgültig gewählt. In Metz stehen zwei Liberalen, 8 Demokraten und 1 Unabhängiger, in Wissembourg 8 Demokraten und in Straßburg 3 Liberale und 1 Demokrat in ausfallreicher Stichwahl. In den meisten übrigen haben die Sozialdemokraten Stichwahlkandidaten. In Lothringen sind größtenteils liberale Blockkandidaten, in den übrigen Bezirken Zentrumskandidaten gewählt.

Politische Uebersicht.

Salle a. S., den 21. Oktober 1911.

Kriegsgefahr als Wahlarose.

Die junckerliche Kriegszugung will noch immer nicht die Hoffnung aufgeben, daß die Regierung Europa in Brand stecken wird, um die bedrohten ostelbischen Jünterflüssen vor dem toten Umlauf zu retten. Sie schreibt:

Mag der Diplomat dem Grundgesetz huldigen, daß bei seinen Geschäften Gefühl und Temperament nicht mitzusprechen haben; in der inneren Politik führt das bloße geschäftliche Rednen allemal zu Mißerfolgen. Wie leicht wäre es jetzt einem deutschen Staatsmanne, das starke patriotische Empfinden des ganzen Volkes hinzulenken auf die großen Aufgaben der Gegenwart, denen die Sorge der Regierung selber gilt! Wir wollen nicht daran zweifeln, daß der Reichstagspräsident, bei Beantragung der Interpellationen selber an das Volk appelliert, daß es die deutsche Einheit und Macht, die gemeinsamen Interessen geistiger und materieller Art verteidige gegen alle inneren Feinde, den Parteihetz, den Stammeshaß, den revolutionären Internationalismus und was sonst am deutschen Volkstum geht. Vielleicht findet unsere Regierung auch im Hinblick auf die Wahlen das rechte Wahlwort, das eine kriegsbereite Schaar ins Feld rufen gegen den Umlauf. Aber nach den bisherigen Erfahrungen kann diese Hoffnung leider nur gering sein.

Und siehe da! Schon findet sich auch die fromme Germania (es lebe der schwarz-blaue Vögel!) als Helferin in der Kriegsgefahr ein, indem sie orakelt:

Auch die Markofffrage kann noch immer zu ernsten Weiterungen führen. Einmal heißt es, man habe sich über die Komposition der Deputation für die Ueberlassung von Karoffo an Frankreich im französischen Kongreß erhalten soll, schon in allgemeinen Umrissen verständlich, dann kommt die Nachricht, daß man mit der Wahrscheinlichkeit des Scheiterns der Verhandlungen rechnen müsse. Mit der Verständigung kann es schon deshalb nicht so weit her sein, weil, wie wir erfahren, Frankreich sich beharrlich weigert, uns den Weg zum Kongreß freizugeben. Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, wie außerordentlich wichtig gerade ein schiffbarer Strom, der direkt in den Ocean mündet, für unsere deutschen Interessen in Zentralasien wäre.

Einmal hat sich die fromme Gesellschaft über den französischen Gemohnen Bailant betrogen, als er rief: „Pluto! la rebellion, la guerre! Wieder die Rebellion als den Krieg! Zum denken ist selbst. Wieder den Krieg als eine Wahrscheinlichkeit. Rieher ein paar Hunderttausend Tote als ein paar Zentralfänge weniger!“

Gegen die Wahlfreiheit der Beamten.

Für die verdiente Förderung, die das Zentrum in Düsseldorf erhalten, will es sich nun rächen, indem es in einer heftigen Resolution gegen die Wahlfreiheit der Beamten den Vorwurf erhebt, daß die Beamten die Interessen der Wähler nicht in gewissem Maße zuteil werden ließen. Zunächst wurde ein Oberregierungsrat benannt, daß er für die Sozialdemokratie agitierte, und trotz entschiedenen Zeugens des „Verdächtigen“, hält die kölnische Volkszeitung an ihrer denunziatorischen Behauptung fest. Nun fürstet sich auch die Germania auf einige hohe Beamte, die bei der Stichwahl zwischen Oberland und Friedrich v. Hauje geblieben sind und wendet sich drohend gegen die Regierung:

Die Offentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie die Regierung zu der ungeheuerlichen, seit dem Bestehen des Reiches noch nicht dagewesenen Tatsache sich stellt, daß ein Regierungspräsident und ihm unterstellte Beamte bei der Stichwahl anwesend, die ihm bei der Wahl zuteil werden ließen, einem Sozialdemokraten der Abstimung sich enthalten und dadurch die Wahl des Umläufers fördern. Die Offentlichkeit will wissen, ob jene Beamte durch ihre Wahlhaltung den Intentionen der Regierung gemäß gehandelt

haben. Sollte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hierüber nichts zu sagen wissen, so wird die Frage später an einer Stelle wiederholt werden, an der sie beantwortet werden muß.

Das Zentrum, das doch selbst eine Anzahl hoher Beamter in seinen Reihen zählt, hat vor fünf Jahren aus wohlthätigen Gründen in zahlreichen Kreisen die Wahl von Sozialdemokraten gebietet — nicht nur durch Wahlenthaltung, sondern durch aktives Entzügen für den Umläufer. Mit dem verstorbenen Gemohnen Erhardt hat der jetzige Wälder Erzbischof seinen berühmten Wahlpakt bei den Kaisergräbern von Speyer abgeschlossen! Jetzt verlangt dasselbe Zentrum, daß die Beamten von der Regierung womöglich an den Haaren zur Urne gezwungen werden sollen, um ihm gegen die Sozialdemokratie Hülfsdienste zu leisten.

Es handelt sich, wohlgemerkt, nicht um das Eintreten der Behörden für eine Partei, sondern im Gegenteil um ihre vollkommene Nichtemittierung. Diese Nichtemittierung ist es, die dem Zentrum die willkürliche Walauswahl entlockt.

Die Beamten erleben aus dieser Einschätzung wieder einmal, daß sie nur willkürliche Werkzeuge der jeweiligen Wähler sind. Das Recht der Wahlfreiheit, das schließlich der Arbeiter geht, soll dem Beamten verweigert werden. Aber das liegt tief im dem preußisch-deutschen Verfassungssystem verankert. Es wird damit erst gebrochen werden, wenn die Sozialdemokratie ihre Forderungen auf vollständige Sicherung der Wahlfreiheit und des Wahlgenusses durchsetzen kann. Vorläufig dürfte der Regierungsrund auf die Beamten noch Steigerungen erfahren.

Zeppelin steigt — in den Reichstag?

Die Wahlen von 1907 waren gekennzeichnet durch die allgemeine Verneinerung der bürgerlichen Parteien für die sogenannten „Nichtwähler“, d. h. für die Leute, die bisher niemals zu einer Wahl gegangen waren, weil sie von Politik keine Ahnung hatten und sich für sie nicht im mindesten interessierten. Immerhin hat damals politische Ahnungslosigkeit nur für Wähler als ein Vorzug gegolten, nicht aber für Kandidaten zur deutschen Volksvertretung, bei denen man doch ein bestimmtes Sachverständnis als wünschenswert voraussetzte. Die Wahlen von 1912 aber werden gekennzeichnet sein durch die bürgerliche Verneinerung für den „Nichtwähler“ als Politikverleugere. Dieser Nichtwähler heißt Graf Zeppelin, und er genießt das grenzenlose Vertrauen aller bürgerlichen Parteien, weil man in ihm einbildet einmal den Mann gefunden hat, der von Politik ganz bestimmt nichts versteht. Wenige Deutsche können auf diesem Gebiet eines so lächerlichen Alibi beweisen erbringen, wie der berühmte schwäbische Graf, der jahrelang nur einer großen technischen Idee gelebt und sich mit dem lebensfähigsten Eigennutz eines dahindredenden Erfinders restlos einer Sache hingeegeben hat, die von der Politik einige hundert Kilometer Luftlinie entfernt bleibt.

Graf Zeppelin sollte zunächst in Stuttgart aufgestellt werden, jetzt hat man für ihn den 14. württembergischen Wahlkreis Ulm ausgerufen, wo er den von Herrn Georg (Vollspartei) ausgegebenen Preis gegen die Sozialdemokratie halten soll. Der Graf genießt selbstverständlich die Sympathie aller bürgerlichen Parteien, denn bei der selber höchsten Zentrum und Nationalliberalen, Agrarern und Fortschrittlichen keinen Unterschied macht, kann ja auch er alles recht sein.

So benehmt der Fall Zeppelin in bester Weise, wie weit große bürgerliche Kreise auch heute noch von dem ABC der Politik entfernt bleiben. Man bildet sich immer ein, man kann es ja auch oft in bürgerlichen Zeitungen lesen, der Reichstag müßte mit den „glänzenden Namen“ geknüpft sein, und fällt es dabei für ganz gleichgültig, ob die Träger dieser glänzenden Namen für die Dinge, die im Reichstag zu verhandeln sind, auch nur das mindeste Verständnis und Interesse haben. Darum richten jene braven Willkürer ihr Augenmerk gerade auf jene wenigen Personen, die entschuldigt sind, wenn sie von Politik nichts verstehen, weil ihre Verdienste eben auf ganz anderen Gebieten liegen! Daß für die Aufgaben, die im Reichstag zu lösen sind, beispielsweise ein tüchtiger Vorleser oder Sekretär eines Arbeitervereins hundertmal brauchbarer ist als eine unpolitische Persönlichkeit der Kunst, Wissenschaft oder Technik, will ihnen durchaus nicht in den Kopf.

Zeppelins Antwort auf das Angebot der Kandidatur ist gut in dem auszufallen. 1907 erhielten im Wahlkreis Ulm Stimmen: Volkspartei 10 933, Sozialdemokratie 7288, Zentrum 4648, Bismarck 2488. In der Stichwahl legte der Wähler mit 10 917 Stimmen über den Sozialdemokraten, der 10 218 Stimmen erhielt. Sollten bei der kommenden Wahl die Sozialdemokraten von Ulm, wie wir hoffen und wünschen, den berühmten Erfinder ganz der Aufgabe erhalten, der er seinen Ruhm verdankt und die zu ihrer Lösung noch vieler Arbeit bedarf, dann wird sich wieder einmal ein groß Gefährte darüber erheben, daß ein so großer Mann einem „namenlosen Proprietarier“ unterlegen sei. Wir dürfen heute schon über dieses Gefährte lachen und können im Voraus versprechen, daß sich dieser namenlose Proprietarier in Fragen der Luftschiffahrt nicht als Sachverständiger aufspielen wird. Der berühmte Graf würde aber vielleicht sehr klug daran tun, wenn er den Versuch unternähme, sich an politischen Sachverständigen mit irgend einem Sozialdemokraten zu messen, der mit hingebendem Eifer einer andern, noch größeren Aufgabe dient, als er selbst.

Deutsches Reich.

— **Denkschrift über die Jugendpflege.** Dem preussischen Landtage soll eine Denkschrift über die Einwirkung der Jugendpflege in Preußen vorgelegt werden. In dieser Denkschrift will die Regierung den Umfang des für die Jugendpflege in Betracht kommenden Gebietes und die bisher von den verschiedenen Organisationen entwickelte Tätigkeit darstellen. Die Denkschrift soll dann die Grundlage weiterer Maßnahmen zur Ausgestaltung der „preussischen Jugendpflege“ sein. — Die Kette zur Unterbindung der freien Jugendbewegung soll weiter geschmiedet werden.

— **Preisfälligkeit für den Erdmörder!** Das Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft hat an den Bundesrat und den Reichstag die eingehend begründete Bitte gerichtet, allen auf Abänderung des Strafgesetzbuchs gerichteten Vorschlägen auf entsprechende Entgegensetzungen zu tun. Die Mitglieder der Königsberger Kaufmannschaft sind fast durch die Bank in der Wollgefarbte Preisfälligkeit. Man vergleiche mit deren Vorschlag die Tatsache, daß in der Preisfälligkeit und im Parlament die Befreiung der Einfuhrzölle als die Forderung des Tages hingestellt wird!

Die Revolution in China.

Alle verlässlichen Nachrichten stimmen darin überein, daß die Revolutionäre siegreich geblieben, die kaiserlichen Truppen zurückgetrieben und ihre Lager besetzt haben. Die Angabe, daß die Kaiserlichen 1000 Mann, die Revolutionäre 100 Mann verloren, erscheint stark übertrieben. Die Revolutionäre befinden sich bereits auf dem Vormarsch nach Peking. Ihr nächstes Ziel ist Peking, hundert Kilometer nördlich von Canton. Im Besitz dieses Punktes werden sie den Kaiserlichen die Benutzung der Bahn von Peking nach Canton freitig machen können.

Die Nachricht vom Siege der Revolution wird der Revolution zweifellos neue Scharen zuführen. Schon wird der Ausbruch der Revolution in der Gegend von Peking angebahnt und die Regierung ist offenbar von großer Furcht erfüllt. Denn während sonst die äußerste Gewaltthat bei Regierungsänderung der Mandarins ist, wird jetzt alles, was sich von der Revolution loslöst, volle Umneigung genießen. Auch das Judentum Chinas ist für die Sache der Revolution begeistert. Die Revolutionäre werden nicht glauben, China a Republic — was vor einer Woche ungläublich klingen würde — in den Reich der Wahrscheinlichkeit gerückt.

Die Regierung bankrott! Aus Peking wird über den chinesischen Finanzmarkt gemeldet, die Regierung habe die Zahlungen eingestellt. Die Revolutionäre hätten 40 Millionen an Staatsgeldern „gegraben“. China besitze eine enorme Kraft. Die chinesische Finanzkraft dürfte viele europäische Firmen, die in China Handel treiben, fürchtbar schädigen.

64

Das Monopol.

(Nachtr. verb.)

Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben von Karl Kulis.

Wald darauf machte sie sich auf den Weg, um Barbara Dmitriowna zu besuchen, die sie mit aufrichtiger Freude empfing. Sie beachte sich bald die Rede auf ihren Sohn, indem sie meinte:

„Wenn Sie nur wüßten, wie sehr ich Glets wegen besorgt bin! War er nicht größer bei Ihnen? — Wie finden Sie ihn? Nicht wahr, er sieht ganz schönlich aus? — Ich habe — Glets werden es in wissen mit Ihrem Mann, keinwogen die Sprache gewöhnlich, eines meinet des Wechs Putzen? Hat er Ihnen etwas gesagt? Ach, ich bitte, ich beschwöre Sie, sagen Sie mir alles, verschweigen Sie mir nichts!“

„Wovon ich nichts weiß, davon kann ich Ihnen auch nichts verschweigen“, war Nabescha Natalownas Antwort. „Mein Mann ist — was keine ärztliche Praxis anbelangt — sehr zurückhaltend.“

„Und ich dachte, Sie kommen, um mir Trost zu bringen“, sagte Barbara Dmitriowna wehmütig.

„Wandmal ich gegenwärtiger Gedankenanstausch der beste Trost.“

„Wandmal aber auch das direkte Gegenteil.“

„Warum einem das? Warum die schickliche Seite abgeben? — Es kommt vor allem doch darauf an, wie wir selbst uns zu irgendeiner Frage verhalten. Am schicklichsten ist's, wenn man nicht objektiv genug ist, um gegen die eigenen Vorurteile anzukämpfen zu können.“

„Über wozu sagen Sie mir das, was meinen Sie damit?“

„O nichts, es war eine allgemeine Bemerkung, die sich aus dem berühmten Thema ganz von selbst ergab. Aus Ihren Worten sprach ein niederdrückender Pessimismus, und Pessimismus ist Vorurteil.“

„O, man könnte trotzig werden, wenn man nicht weiß, wo man ein Leben führt, wie man es beschaffen soll.“

„Das geschieht meistens dann, wenn man das Leben auswärts sucht, während es sich in unserer eigenen Seele verbirgt hält.“

„O, in die eigene Seele kann man sehr wohl hineinkommen, wenn man nur ernstlich will, aber in die Seele eines andern bilden, und wenn es die Seele des eigenen Kindes ist, das ist schwer, unendlich schwer.“

„Da haben Sie ganz recht, Barbara Dmitriowna, aber durch die eigene Seele kann man am besten in der Seele anderer, — in erster Linie auch seines Kindes — lesen.“

„Sie sprechen heute in Rätseln. Ich weiß nicht, was Sie meinen, wo Sie hinaus wollen.“

„Sie sind doch so sehr um Ihren Sohn besorgt, um möchten gern den Grund seiner Seelen erfahren.“

„Wissen Sie etwas? Haben Sie irgendeine bestimmte Vermutung? O, ich bitte, ich beschwöre Sie, sagen Sie mir alles, alles!“

„Ich sagte Ihnen ja schon, daß ich nichts weiß. Ich denke aber, daß Sie selbst mehr wissen, als Sie glauben. Sie müßten sich nur selbst prüfen.“

„Ach nein, nein, da irren Sie sich ganz entschieden!“

„Wissen Sie, ich glaube? — Es ist natürlich um meine persönliche Meinung.“

„Nun, und...?“

„Ihr Sohn hat irgendeinen geheimen Seelenkummer.“

„Dann bin ich sogar überzeugt, weiß aber nicht, was es sein kann, was es ist, da er verschlossen ist, wie er es früher nie gewesen.“

„Haben Sie keine schwerwiegenden Vermutungen?“

„Ich wüßte nicht... Denn was Julie Karolowna meinte, was ich dann eine Zeit über ebenfalls dachte, das kann es ja nicht sein, weil er es ganz entschieden bestritten hat. Und ich kenne keine Wahrscheinlichkeit.“

„So! Was Ihre Gesellschaftlerin hat auch schon Vermutungen gehabt? Was das wohl gewesen sein mag? — Doch entscheidigen Sie, Barbara Dmitriowna, es steht mir jedenfalls ganz fern, Sie irgendwem mit indiskreten Fragen belästigen zu wollen...“

„O, nicht doch, nicht doch! Von Indiskretion kann gar keine Rede sein. Ich habe davon ja auch kein Wort im Munde gesprochen. Aber er ist im Grunde so abgemattet; denken Sie sich doch nur, Julie Karolowna meinte, die Kaiserin Natala...“

„Was Sie sagen! Das wäre allerdings eine sehr lächerliche Vermutung. Und haben Sie Ihren Sohn daraufhin beobachtet, ausgetragt?“

„Das eine, wie das andere. Es schien mir zwar, daß er sie manchmal bedeutungslos anblickt, daß er in ihrer Gegenwart betrogen, manchmal erregt schien. Ich ich jedoch eine direkte Frage an ihn richtete, bestritt er ganz entschieden, daß... ja, wie drücker ich damals doch aus — daß er Natala sonst nicht so ruhig von uns fortgelassen hätte. — Sie wissen doch, damals, als Sie sie nach Moskau mitnahmen.“

„Dann glaube ich allerdings selbst, daß nichts ernsthaftes dahinter steht. — Aber wenn man schon einmal auf einer Fahrt ist, so ist es doch interessant, sie bis zur letzten Konsequenz zu verfolgen.“

„Sie meinen doch nicht etwa, daß mein Sohn mir eine Unwahrheit gesagt hat?“

„Ich will nur alle Wahrscheinlichkeiten erörtern, ohne selbst irgend etwas zu meinen. Doch vielleicht ist Ihnen das Gespräch unangenehm? — Vielleicht ist es besser, wir hören damit auf?“

„Ach nein, nein, warum aufhören! Ich möchte nur wissen, weshalb Sie eine Fahrt noch weiter verfolgen wollen, die sich als so sehr erweisen hat?“

„Könnte nicht ein Irrtum, eine absichtliche Irreführung vorliegen?“

„Ja, aber weshalb denn, was könnte wohl der Grund dazu sein?“

„Vielleicht Sie selbst.“

„Nun sprechen Sie wieder in Rätseln. Sagen Sie mir, — ich bitte Sie inständigst darum! — was Sie damit meinen. Sie scheinen sich schon eine ganz bestimmte Ansicht gebildet zu haben, da Ihr letzter Hinweis mit Ihrer allgemeinen Bemerkung wesentlich übereinstimmt.“

„Nein, ich will, da geben Sie entschieden zu weit, Barbara Dmitriowna. Ich meine nur, daß es manchmal möglich sein kann, die Ursache negativer Resultate in sich selbst zu suchen.“

„Sie meinen wohl einen Mangel an Beobachtungsgabe, an Schonförmigkeit?“

„Nein, nein! — mitunter der Fall sein. Ich dachte aber an etwas ganz anderes: Ich meine, daß wir oft entstellte, unwahre oder absichtlich irreführende Antworten erhalten, weil der Befragte es weiß, daß wir vorurteilvoll sind und die nackte Wahrheit nicht vertragen können.“

Barbara Dmitriowna ist noch diesen Worten Nabescha Natalownas ihre Augen weit auf, daß die Sprecherin mit einem Ausdruck heftigen Schreckens, — man könnte fast sagen Entsetzens, — an und stammelte:

„Gott, mein Gott, was sagen Sie da, dann wäre es ja doch noch möglich, daß er Natala... das er sie liebt...? Und um mich zu können... ja, ja, das könnte sein... selbst er... ist er unglücklich!“

„Sie müssen nicht gleich glauben, daß es sich tatsächlich so verhält“, ludte Nabescha Natalowna die erregte Mutter zu beruhigen. „Es sind ja nur Möglichkeiten, vielleicht ganz möglich Annahmen, was ich Ihnen da eben sagte.“

„Aber ich will, ich muß es wissen! Ich will, daß Barbara Dmitriowna, indem sie ihr Antlitz mit den Händen verbergt.“

„Dann müssen Sie versuchen, Ihren Sohn zum Sprechen zu bringen. Mein Mann behauptet stets, daß der geheime Seelenkummer die gefährlichste Krankheit ist, weil man niemals weiß, wie sie zu beschwichtigen ist. Ein offenes Leben, wenn es noch so schlimm ist — ich will sich durch ein rationales Mittel mit einem Male beseitigen. Stellen Sie sich doch nur vor, Ihr Sohn liebt Natala mit jeder Haare seines Herzens. Er liebt aber auch Sie. Und um Ihnen schweren Kummer zu erproben, verbergt er lieber auf das eigene Lebensglück, wird elend, macht sich Sie dadurch elend, — vom Weibchen, wenn es ihn ebenso liebt hat, gar nicht zu reden! Nun fragt es sich, was besser ist: sich mit einer Ansicht auszusöhnen, die man nicht teilen kann — wobei es noch sehr fraglich ist, ob man schließlich nicht doch noch einmüde, daß diese Ansicht ein Vorurteil war, daß das beschwichtigte Unlück nicht einmal den Irrtum, der sich bei der Sache habe verbergt, aber sich selbst, und die man am meisten liebt, für immer unglücklich machen.“

„Ach, beste Nabescha Natalowna, ich weiß nicht, was ich tun soll.“ (Schlußwort Barbara Dmitriowna. „O, wenn Sie wüßten, wie unglücklich ich bin!“)

(Fortsetzung folgt.)

Rußland.

Wiev ist noch jetzt Notigepiegel? Die Mission der Wiener Öhrana (Geheimpolizei) durch den Senator Krusiwitsch (die übrigen ausgegangen ist wie das Sorbberger Schießen) hat u. a. die pitante Tatsache zu Tage gefördert, daß A few noch jetzt in den Diensten der Geheimpolizei steht und in der letzten Zeit enorme Summen für seine „nützliche“ Tätigkeit erhalten hat. — Wie sollte auch Nikolaus II. seinen treuen Gängelknechten missehn?

Im Zeichen des Krieges.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel: Die türkische Regierung hat die Vertreter der italienischen Presse ausgewiesen. Das ist eben Krieg — er zeitigt seine Folgen. Die Lage der hiesigen Italiener ist durch den Krieg überhaupt eine sehr prätere geworden. Sie können vor allem jeden Augenblick ausgewiesen werden. Wie groß ihre Zahl ist, weiß man nicht. Nebenfalls sind es mehrere Tausende. Sie sind zwar höchst unzufrieden an dem Kriege, aber wie es die Franzosen anno 70 gegenüber den Deutschen, die Russen gegenüber den Japanern 1904 getan haben, so übertragen jetzt die Türken ihrerseits die italienische Regierung auf die Italiener überhaupt. Die Barbarei des angeblich „zivilisierten“ Italiens merkt in diesen ungeschämten Barbaren ein Adergeschloß, das nach Opfern sucht. Dennoch wagen sie die allgemeine Ausweisung nicht, und zwar aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung Europas. Das alles war es die Stellung der internationalen Sozialdemokratie zu diesem Kriege, die hier einen großen Eindruck hervorgerufen hat — ganz besonders, selbstverständlich, der heldenmütige Protest der italienischen Arbeiter. Es ist zu hoffen, daß es infolge dessen gelingen wird, Tausende von Arbeitern dem bitteren Joch der Verbannung zu entziehen.

Bei allem werden die Italiener in der Türkei bis zum Abschlusse des Krieges zu erdulden haben. Sie werden geduldet, Italiens Arbeiter und Angestellte werden entlassen, der Verkehr mit den italienischen Geschäftsleuten wird unterbrochen. Bereits erteilte Verfügungen werden zurückgezogen. Das sind Dinge, von denen ich mich persönlich überzeugt habe. Der Handelsverkehr mit Italien steht erst recht. Einzelne Geschäftshäuser haben in aller Form ihre Verbindungen mit den italienischen Fabrikanten aufgehoben. Dadurch führt sich besonders die italienische Textilindustrie getroffen. Die türkischen Zeitungen publizieren viele italienischer Textilfabrikanten an ihre hiesigen Kunden, in denen himmelhoch beschrieen wird, daß die entsprechenden Herren Kapitalisten seine Schuld an dem Kriege tragen und die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Geschäftsverbindung nach dem Kriege ausgesprochen wird.

Die Kämpfe in Tripolitanien sind erst in ihren Anfängen. Jetzt, da die italienische Armee in das Innere des Landes eindringen hat, beginnen erst die Schwierigkeiten. Es darf bereits als ziemlich sicher gelten, daß die Massen der Eingeborenen Widerstand leisten werden. Die paar arabischen Hauptlinge samt dem Präsesen der Stadt Tripolis, die die italienische Regierung sich gekauft hat, haben demgegenüber nicht viel zu bedeuten. Die Volksmassen sind gegen die Italiener und sie haben bereits ihre Hüter gefunden. Ich hatte im vergangenen Winter wiederholt Gelegenheit, einen der türkischen Offiziere, die jetzt den Widerstand der Tripolitaniern organisieren, kennen zu lernen. Es ist dies Djemil, Deputykaiser von Tripolis, ein europäisch gebildeter Mann von demokratischer Gesinnung mit ausgesprochen sozialistischen Tendenzen, der die Noth der Volksmassen kennt und deren Vertrauen genießt.

Die tripolitaniischen Abgeordneten haben den Antrag gestellt, Saffi Pascha, den früheren Großvezir, unter Anklage zu stellen. Sie beschuldigen ihn fast unerbittlich, Tripolitaniern an die italienische Regierung verkauft zu haben. Folgende sind die Hauptpunkte ihres Indizienbeweises: 1. Saffi Pascha hat einen großen Teil der Truppen, die in Tripolitaniern standen, nach Jemen geschickt und so Tripolitaniern des militärischen Schutzes entböhrt. 2. Man unterließ es, Refuzien in Tripolitaniern auszuliefern, trotz dem dringenden Verlangen der Bevölkerung. Erst seit 4 Monaten geschickte das, aber auch das hat man, seit 10 000, bloß 3400 Mann geschickt. Man hat freiwillige zurückgewiesen, unterließ es, Refuzien (Refuzier) zu bilden. 3. Es befanden sich in den Arsenalen von Tripolis 40 000 Gewehre, System Martini und Schneider. Die Regierung hat sie zurückgegeben, angeblich, um sie durch bessere zu ersetzen, was aber nicht geschah. 4. Die Regierung hat Offiziere, die das Land kannten, aber, ohne sie überhaupt zu ersuchen, 5. Weil sich Italien beschwerte, wurde der Wahl von Tripolitaniern, Ibrahim Pascha, nach Konstantinopel berufen und hier zurückgehalten, so daß Tripolitaniern in der kritischen Zeit ohne Regierungschef blieb. (Wir können jetzt noch hinzufügen, daß unterdessen der von Italien bestochene Stadtpräsident von Tripolis mit den arabischen Hauptlingen inkonspizierte, diese in italienischen Sold nahm und mit ihnen förmliche Verträge abschloß.)

Dieser Anklageakt, dem noch andere, weniger wichtige Punkte angehängt wurden, hat großes Aufsehen hervorgerufen.

In der Erklärung des Großvezirs ist nur die Hervorhebung der Notwendigkeit eines Aufkommens der Balkanstaaten besonders bemerkenswert.

Weldungen vom Kriegsschauplatz.

Offiziell werden die italienischen Verluste bei Benghazi auf 1 Offizier und 24 Soldaten tot und 9 Offiziere und 68 Soldaten verwundet angegeben. Die Türken hatten 200 Tote zu beklagen. In der Nacht vom 19. zum 20. Oktober wurden die italienischen Truppen in Benghazi von Beduinen mehr-

mals angegriffen. Die Stadt wurde am Morgen des 20. Oktober befreit.

Konkrete Informationen zufolge wurden die Mitglieder der Verwaltungskommision in Benghazi ermordet und die Wohnungen der Europäer zerstört. Eine Verhaftung dieser Mörder bleibt abzuwarten.

Rom, 28. Oktober. An amtlicher Stelle gibt man nunmehr geringe Einzelheiten über das Geschehniß in Banghaz und Derna bekannt. Das Geschehniß nahm einen blutigen Verlauf und dauert noch weiter fort. Die Regierung hält die Telegramme über dieses Geschehniß zurück, um die Familien der Gefallenen vor der offiziellen Veröffentlichung der Verlustliste zu benachrichtigen. Dem Mesagiere zufolge soll es sich bei dem Kampf vor Derna um eine wirkliche Schlacht mit dem Tode und Verwundeten handeln. Der Pulverturm von Benghazi ist mit in die Luft geflogen.

Schwere italienische Niederlage?

Neueste Nachrichten melden eine schwere Niederlage der Italiener in Benghazi. Dort wurden 8000 Italiener durch türkische Truppen und Araber unter Scheich Abdul Wasid Ahmed und Sani in die Flucht getrieben. Die Verluste der Italiener sollen 800, die der Türken 115 Mann betragen haben. Die Italiener liegen bei der Stadt viele Waffen und Munition auf dem Schlachtfelde. In Benghazi herrscht unter den Italienern Disziplinlosigkeit; schwere Stürme schädigen die Flotte.

Deutscher Reichstag.

Die Sonnabend-Sitzung des Reichstags war kurz, aber keineswegs uninteressant. Die gesamte zweite Lesung der Vorlage über

Errichtung eines obersten Kolonial- und Konsulargerichtshofs wurde in ihr vorgenommen. Es gelang den Linken, die in der Unschicklichkeit des herkömmlichen Berliner-Wahlkörpers einen zwar unwillkommenen, aber um so wirksameren Bundesgenossen fand, einen schönen Erfolg durchzusetzen, der hoffentlich nicht das Schicksal so vieler anderer Verschleißer-Vorlagen sein wird, nämlich in dieser Lesung abgelehnt zu werden. Wenn die Stimmen der Rechten einschließlich des Zentrum-junkes Berlin, wurde beschlossen, den Kommissionsbericht auf Ausziehung von Verwaltungsgewalten zum obersten Kolonialgerichtshof zu beschließen. Selbstredend beteiligte sich auch unsere Fraktion, für die Genosse Stabthagen sprach, mit dem diesem Kampf für die richterliche Unabhängigkeit, das heißt, freilich, unter dem Vorwand, den Kommissionsbericht, waren Zentrum und Linke nicht zu haben. Ebenso blieb unsere Fraktion trotz Jauch von Ministerbeuten aus dem meisten bürgerlichen Fraktionen in der Minorität mit ihrem von den Senatoren Reine und dem Ministerpräsidenten vertretenen Antrag, den die des neuen Gerichts nach Hamburg zu verlegen. Vergebens bemühte Genosse Weibel, wie schon vorher Genosse Rohme, auf den Vorschlag mit dem Reichsgericht, dessen Sitz ebenfalls Leipzig ist; vergebens erinnerte er daran, daß die sonst so beachtete allgemeine Meinung der Kolonialen Rechten sich nicht für Hamburg, sondern für Berlin, äußere. Weibel (Soz.) hatte ausgeführt: Herr Beder-Klein deutete an, daß wir uns wohlrepolitischen Gründen den Antrag gestellt haben, Hamburg statt Berlin zu wählen. Ich muß diese Auffassung zurückweisen. Aus demselben Grunde, aus denen wir früher für Leipzig als Sitz des Reichsgerichts getrimmt haben, stimmen wir jetzt für Hamburg. Als ernannte Herrn Beder daran, daß damals auch das gesamte Zentrum für Leipzig getrimmt hat. Auch unsere Berliner Kollegen werden für Hamburg stimmen, also wohlrepolitische Gründe beeinflussen uns nicht. Die Rechten sind sehr einfach. Jeder Reichstagsmitglied muß, in einem Wahlkreis tätig sein, der die besten Bedingungen für ihn schafft und das ist hier zweifellos Hamburg. In der Kommission war in der ersten Lesung auch die große Mehrheit dafür und erst auf das „unannehmliche“ der Regierung hin wurde Berlin statt dessen gewählt. Der einzige Grund, der für Berlin spricht, ist das Verlangen, alles mögliche in Berlin zu konzentrieren. Auf der Hauptversammlung der deutschen Kolonialgesellschaft am 1. Dezember vorigen Jahres hat kein einziger als der Präsident des Oberverwaltungsgerichts mit großer Entscheidung ausgesprochen, daß Hamburg sich zur geliebten Zentrale für das Koloniale eben ausbildet und in diesem Betreuen unterstützt und gefördert werden müsse, und daß daher auch der Sitz des obersten Kolonialgerichts Hamburg sein müsse. Einmütig hat dies auch der wirtschaftliche Landesverband von Deutsch-Ostafrika auf seiner Generalversammlung in Leipzig im Frühjahr dieses Jahres beklagt. Die gleiche Stimmung herrscht in der ganzen Kolonialen Welt; Sie fallen einen vernünftigen Beschluß, wenn Sie für unfern Antrag stimmen. (Weil. h. d. Soz.)

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die sogenannten Heinen Klitten in den Konsularbezirken, wurde nicht vorgemerkt. Herr Stabth hatte Vorschlägen in Aussicht gestellt, die, wenn sie von den Linken ausgeben, von den Schwarz-Blauen als Obstruktion bezeichnet werden. Einen kleinen Obstruktionversuch, der aber glänzend scheiterte, hatte schon bei der vorausgehenden Beratung der Konföderative Dr. Wagner unternommen, um die Annahme der Heinen Klitten auf Sicherung der richterlichen Unabhängigkeit zu verhindern.

Die nächste Sitzung findet am Montag statt, und die Tagesordnungsinterpellationen stehen auf ihrer Tagesordnung.

Gewerkschaftliches.

Staatsarbeiterfrei in Bremen? Die „liberalen“ Verwaltungs-Deputationen des bremischen Staates wollen es anscheinend auf einen Streik der Staatsarbeiter ankommen lassen. Die Arbeiter fordern Lohnserhöhungen von 10 bis 20 Prozent. Das sind beschwerliche Forderungen, wenn man berücksichtigt, daß noch Löhne von 3,70 bis 3,90 Mk. pro Tag bezahlt werden. Außerdem wird ein höherer Zuschlag für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, sowie die wöchentliche Lohnzahlung gefordert. In den Betrieben mit Tag- und Nachtarbeit soll die achtstündige Arbeitszeit, in den übrigen die neunstündige eingeführt werden. Wie in den früheren

Jahren so wird auch jetzt wieder versucht, die Verhandlungen zu verschleppen. Eine Verhandlung mit der Organisation wird nunmehr abgelehnt. Mit Verweigerung glückt man die Arbeiter auszuweichen zu lassen. Aber deren Schuld hat jetzt ein Ende. Nur mit Mühe gelang es der Organisationsleitung, eine von über 1600 Staatsarbeitern beauftragte Versammlung zu bewegen, die Arbeiterausdehnung zu beantragen, nochmals zu verhandeln und über das Resultat dieser Verhandlungen am Sonntagmorgen zu berichten. Von den bremischen Behörden werden bereits in der auswärtigen bürgerlichen Presse Arbeitswilligkeit gefordert.

Es wird dringend ermahnt, jeden Zaun von Gemeindegewalt und Staatsarbeitern nach Bremen fernzuhalten.

Aus den Nachbarkreisen.

Selbstlich. Stadterordnetenwahlen. Der Magistrat macht bekannt, daß die Stadterordnetenwahlen der 3. Abteilung am 20. November, von vormittags 8—11 Uhr, im großen Rathauslaube stattfinden. Die erste Klasse erleidet ihren Verlust in einer halben Stunde; dadurch wird dieses ungedeigte Wahlrecht schon zur Genüge gekennzeichnet. Während in der 3. Klasse 570 Wähler vorhanden sind, gibt es in der 1. Klasse deren nur acht; demnach haben diese acht Wähler 71 mal soviel Recht wie ein Wähler der 3. Klasse. Und das nennt man ein Wahlrecht! Die Arbeiterchaft wird nicht verärgern, die große Ungleichheit der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. In diesem Jahre wird der Kampf um die Kandidaten in der 3. Klasse ein äußerst scharfer werden. Die Arbeiterchaft hat ihre Kandidaten bereits nominiert. Einmütig wurden in einer Versammlung die Genossen Julius Walle, Maurer, und Arthur Sämlich, Schlosser, als Kandidaten aufgestellt. Der bürgerliche Wahlkreis ist sich über die Kandidatenfrage noch nicht einig. Viele Herren arbeiten fleißig im Punkte, um den Kandidaten, welcher bisher Stadterordneter war und am Ende dieses Jahres mit ansiedelt, zu Null zu bringen.

In einem Eingekündigt in Wochenblättern jammert ein kommunalpolitischer Kandidat, daß der, der jetzt das Stadterordnetenmandat in Besitz hat, unter seinen Umständen wieder gewählt werden dürfte. Bemerkenswert geht es aber nicht nach diesen Zeugnissen, sondern die Wähler haben zu entscheiden. Was mag wohl der Grund sein, daß unter aussehender Genosse Sämlich, denn dieser ist gemeint, nicht wieder gewählt werden soll? Zum, unter Genosse hat ganz entschieden die Interessen der Arbeiter vertreten was dazu beitragen soll, daß kein einigmalige Rechte in diesem Wahlkreis stehen haben, kein Stadterordneter mehr ein Verdienst zum Schloß hat. Manne, daß der frühere Richter Schärer seine Kollegen selbst schlammigen. Wären unter Vertreter aus solche Schlammigen, so hätte man gegen deren Anwesenheit nicht so viel einzuwenden. Aber unter Genosse hat bei den Stadterordnetenwahlen kaum ein Vorkühnend zur Wahl freigegeben. Die bürgerlichen Herren haben sich aber, seitdem die Arbeiter sich an den Wahlen beteiligen, schnell auf ihr kommunalpolitisches Interesse begeben. Bei der letzten Wahl beteiligten sich bereits über 300 Wähler an der Wahl. Wenn nun auch die Wahlzeit eine recht unangünstige ist, so ist es demnach Pflicht eines jeden Wählers, sich an der Wahl zu beteiligen. Unsere Genossen beantragen in der letzten Stadterordnetenversammlung, die Wahlen an einem Sonntag stattfinden zu lassen. Wir erleben aus der Befürchtung des Magistrats, wie er die Wähler der Arbeiter, erfrühen, Gehmaß, daß man sein, wenn der Bürgermeister eine mal die von der bürgerlichen geprägte Arbeiterfreundlichkeit benehmen wird. Darauf werden die Arbeiter aber wohl lange warten müssen, und sie werden deshalb am 20. November diesen Herren die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben.

Verantwortlich für Beiträglich, Politische Freiheit, Partei-nachrichten Paul E. Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bad, Lokales Wilhelm Koenen, Provinziales und Verammlungsberichte Carl Kasparek, sämtlich in Halle.

Zum Reichstags-Wahlkreis.

Vangenbogen, 3. Mt. erhalten J. Stelzer, Eisenh. J. H. Teufelthaler 0,50 Mt. Neiwand.

Aus dem Geschäftverkehr.

Die hiesige Maschinenfabrik W. Endhoff & Co. zeigt augenblicklich in ihrem Schaufenster, Geleitzstr. 42, wie die Großproduktion in ihrem Fabrikbetriebe erfolgt. Sie hat zu diesem Zwecke von ihren Maschinen je 1 Knopfloch-, Lanquet-, Hobel- und Schnell-Rähmmaschine ausgestellt. Die Schnellheit ist eine frapierende, denn es schaffen die Knopfloch-Maschinen täglich bis 4500 Knopflöcher, die Hobel- und Lanquet-Maschinen 700 Meter Hobelmaß, während die Lanquet-Maschinen täglich bis 650 Meter von Handarbeit faum zu untergleichende Lanqueten stellen und die Schnell-Rähmmaschinen in der Minute 4000 Stiche leisten.

Weltbekannt ist es, daß Thüringer Getreide das beste ist; der daraus hergestellte **Kardinal-Kornkaffee** ist deshalb unerreicht in Güte und Wohlgeschmack. Auch **Kardinal-Malz-Kaffee** erfreut sich seiner vorzüglichen Eigenschaften wegen stets steigender Beliebtheit.

Sunlicht Seife
10 & 25 Pfennig



Spitzen, Stoffe und Gewebe,
Die empfindlich oder zart,
Nur allein die Sunlichtseife
Gründlich reinigt und bewahrt!

geben. Am Mittwoch wird der Erbführer, Donnerstag zum ersten Male eine lauliche Spinnabend...
* Studentische Unterrichtsstufe für Arbeiter: Abteilung...
Am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in der Aula der Volkshochschule...
* Hauswirtschaftliche Zeitschriften: Das Volksblatt meldet: Freitag...
* Tot aufgefunden wurde in ihrer Wohnung eine Witwe. Der...
* Uebung. Stadtkonferenzsitzung. Der Regierungsrat hat einige Punkte am...
* Morgen u. jeden Dienstag...
* Jeden Dienstag...
* Morgen, Dienstag...
* Jeden Dienstag...
* Morgen Dienstag...
* Morgen, Dienstag...
* Ansicht-Postkarten...
empfehlen die Volkshochschule

brat begründet die Erhöhung damit, daß es hier zu viele...
* Stadt-Theater.
* Obern. Romantische Freier in vier Akten. Musik von...
* Der Versuch darf nur als teilweise gelungen betrachtet werden.

Oceanarie, übrigens das bedeutendste Stück der ganzen Oper.
* Allerlei.
* Ein preußisches Kulturbild.
* Furchtbare Katastrophe in einer Schweißelmine.
* Neue Brandkatastrophe in Konstantinopel.

...
* Morgen u. jeden Dienstag...
* Jeden Dienstag...
* Morgen, Dienstag...
* Jeden Dienstag...
* Morgen Dienstag...
* Morgen, Dienstag...
* Ansicht-Postkarten...
empfehlen die Volkshochschule

...
* Morgen u. jeden Dienstag...
* Jeden Dienstag...
* Morgen, Dienstag...
* Jeden Dienstag...
* Morgen Dienstag...
* Morgen, Dienstag...
* Ansicht-Postkarten...
empfehlen die Volkshochschule

...
* Morgen u. jeden Dienstag...
* Jeden Dienstag...
* Morgen, Dienstag...
* Jeden Dienstag...
* Morgen Dienstag...
* Morgen, Dienstag...
* Ansicht-Postkarten...
empfehlen die Volkshochschule

Richard Kannegiesser,

Obst- und Südfrucht-Grosshandlung,
Unterberg 6. Fernsprecher 372. Markt, Roter Turm.
Geschäfts-Eröffnung.
Meinen werten Kunden und Geschäftsfreunden die ergebene Mitteilung, dass mich von Dienstag, den 24. Oktober ab, meine Obst- u. Südfrucht-Grosshandlung Markt, Roter Turm, Nordostseite, befindet. — Am gleichen Tage vormittags 9 Uhr eröffne ich dieselbe ein.
Obst- und Südfrucht-Detail-Geschäft.
Für das mir bisher geschenkte Vertrauen und Wohlwollen bestens dankend, bitte ich die geehrten Herrschaften von Halle und Umgegend um gütige Unterstützung meines neuen Unternehmens. Mit vorzüglicher Hochachtung
Richard Kannegiesser.
Obst-Ausstellung. Kommission. Versand.

Puppen-Lederbälge

in allen Grössen, Ia. Qual.
C. F. Ritter,
Leipziggasse 90.

ff. Speise-Kartoffeln

zum Winterbedarf empfiehlt
— zum billigsten Preise —
Otto Just, 2. Bucherstr. 45.

Waschgefässe

bayer. billigt. Wtgl. d. R. - Sp. - B.
Zander, Gr. Hansstr. 12.

Blaue Maschinellen-Anzüge

nicht lauter zum Preise von 25 B., werden auf Wunsch auch ausgestellt. Handtuch-Verkaufs-Anstalt, Rud. Gumn. 30.

Puppen-Reparaturen

werden sachgemäß ausgeführt bei
C. F. Ritter,
Leipziggasse 90.

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Erscheint wöchentlich dreimal. — Unsere Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfohlen. — Erscheint wöchentlich dreimal.

Absahnungsgeschäfte Thiele, Gobenstr. 1. p. Brauerolen F. Günther, Halle a. S. Brickwa, Kohlen Richard Wolf, Verlag Königstr. Drogen und Farben H. Rädler, Rannischerstr. 2. H. u. Verkaufsgeschäfte F. Hennicke, Kl. Ulrichstr. 15. Eisen- und Stahlwaren F. Lindenbahn, Königstr. 8. Eisenerne Oefen Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenbahn, Königstr. 8. Für die Druckerey verantwortlich: Rob. J. G. — Druck der Druckerei G. G. — Verlag: W. G. u. b. G.	Fahrräder u. Nähmaschinen Henry Klepzig, Reilstr. 2. Osk. Wüstneck, L. Wuchererstr. 59. Fleischermeister, Wurstfabrikstr. J. Klostermann, Advokatenweg 27. Franz Kunze, Burgstr. 56. August Mangold, Merseburgerstr. 105. Robert Schöner, Königstr. Otto Ulbricht, Bäckerstrasse 1. Handleitwagen-Fabriken Theodor Lühr, Leipzigergasse 94. Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10. Haus- und Kochgeräthe K. Kuckenburg, Rannischerstr. 12. Horenbeholdung Moritz Rosenkhal, Leipzigergasse 1. (Rathaus).	Königkuchen, Zuckerkwaren Friedrich Bock, Schmeckerstrasse 16. Käse und Mäzen Friedrich Plotner, Geiststr. 23. Kartontagen W. Schmel, Wuchererstr. 40. Kaufhäuser H. Etkan, Bekleid.-Gegenst.-J. Art. Kinderwagen Theodor Lühr, Leipzigergasse 94. Kolonialwaren Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32. p. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26. E. Weinhold, Kleiner Berlin 2.	Lederhandlungen Herrn Schmidt, Geiststr. 23. Möbel-Magazine Möbel-Magazin, Tischlermeister, Ulrichstr. 34. Photographische Ateliers Richard Schröder, nur Steinweg 17. Schneider C. Menge, Triftstrasse 1. Schneiderei-Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerting, Schulstr. 7. Spezialität, Möbeltransport G. Kästner & Co., Brunnenstr. 36. W. G. Müller, Brunnenstr. 53.	Uhren- u. Goldwaren Albert Grotzky, Geiststrasse 36. Grosso Friedrich Hofmann, Klausstr. 23. Robert Koch, Leipzigergasse 44. Albert Hunsack, Gr. Steinweg 62. A. Schärer, Leipzigergasse 92. Uhrmachermeister, Reilstrasse 4. A. Weiss, Kleinschmidten 6. Wasch-Anstalten. Dessauerstr. 6, Hof rechts. Fennrl 2920. Spezialität: Herren-Stärke-Wäsche. Wolne u. Fruchtstoffe etc. H. Kado Nachf., Leipzigergasse 93. Max Künzel, Magdeburgerstr. 59. Weiss-Holl-Tapfserie Franz Hamme, Lindenstr. 56.	Zahn-Techniker Willy Muder, Neue Promenade 16, vis-à-vis Leipzig-Turm. Zigarrenhandlungen Eritz Bruns, Sophienstrasse 30. F. Feldmann, Königstrasse 86. Schubert, William, Zigarren und Schulartikel, Lauchstädterstr. 16. Ammendorf. Gärtnerlei Diemel, Fernspr. 25. Sanitäts-Drogerie, Inh.: Rich. Gumbel. Ammendorf Radweg Halleschestr. 65. Hauptstr. 20. A. Hermann, Uhrmacher. Kaufhaus Herkur. O. Probsthahn, Bettl.-Rein.-Anst. W. Wüschner, Schuhwaren. P. B. Blank, Kaufhaus, Radweg 11. — Gdm. l. Galle a. G.
---	---	--	---	---	--